

6. Raumplanungsbericht 2025 des Regierungsrates

Antrag des Regierungsrates vom 29. Oktober 2025 und gleichlautender Antrag der Kommission für Planung und Bau vom 5. Mai 2026

Vorlage 6053

Vizepräsidentin Monika Wicki: Gemäss Paragraph 89 litera d des Kantonsratsgesetzes ist Eintreten auf diese Vorlage obligatorisch, und damit findet keine Schlussabstimmung statt.

Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), Präsidentin der Kommission für Planung und Bau (KPB): Laut Paragraph 10 des Planungs- und Baugesetzes muss der Regierungsrat dem Kantonsrat alle vier Jahre Bericht über die Durchführung und den aktuellen Verwirklichungsstand der Raumplanung im Kanton Zürich erstatten. Die vorberatende Kommission, die KPB, hat den Bericht studiert, ausgiebig diskutiert. Sie bedankt sich sehr herzlich bei der Baudirektion für die umfangreiche Arbeit. Der nun vorliegende zwölfte Raumplanungsbericht gibt nicht nur einen Rückblick auf die vergangenen vier Jahre, er zeigt auch auf, vor welchen Herausforderungen die räumliche Entwicklung unseres Kantons in den kommenden Jahren steht. Und, das ist neu, der Bericht arbeitet mit sogenannten Fokusthemen.

Eines der Fokusthemen ist das anhaltende Bevölkerungswachstum, eine Entwicklung, die praktisch alle Bereiche der Raumplanung beeinflusst. Die Bevölkerung des Kantons Zürich ist in den vergangenen zwei Jahrzehnten um rund 29 Prozent gewachsen, und gemäss einem mittleren Szenario des Bundesamtes für Statistik könnte unser Kanton bis 2055 rund 1,9 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner zählen. Wie der Bericht eindrücklich aufzeigt, ist diese Entwicklung für die Raumplanung von grosser Bedeutung. Mehr Menschen benötigen naturgemäss mehr Wohnraum, Arbeitsplätze und Infrastruktur. Sie sind mobil, sie beanspruchen öffentliche Räume und Erholungsgebiete, benötigen Schulen, Spitäler und weitere öffentliche Einrichtungen. Gleichzeitig aber sollen Kulturland und Landschaft geschützt, die Umweltbelastungen begrenzt und die Qualitäten unseres Kantons erhalten werden. Der Raumplanungsbericht macht deutlich: Wachstum ist deshalb nicht nur eine Frage der Menge, sondern auch eine Frage ihrer räumlichen Gestaltung.

Als eine wichtige Erkenntnis darf zunächst erwähnt werden, dass der Kanton Zürich in den vergangenen Jahrzehnten durchaus ressourcenorientiert mit dem Boden umgegangen ist. So ist die beanspruchte Bauzonenfläche pro Einwohnerin und Einwohner zurückgegangen. Trotz starkem Bevölkerungs- und Beschäftigungswachstum konnte ein grosser Teil dieser Entwicklung innerhalb der bestehenden Siedlungsstrukturen aufgenommen werden. Damit ist nicht nur ein kantonales, sondern ein mit der nationalen Raumplanung abzustimmendes und propagiertes Anliegen der inneren Verdichtung aufgenommen. Bezüglich des

Ausblicks zeigt der Raumplanungsbericht, dass künftig im ressourcenorientierten Umgang mit dem Boden eine grosse Herausforderung liegt. In den vergangenen Jahren konnten beispielsweise ehemalige Industrieareale für neue Wohn- und Mischnutzungen entwickelt werden, ein Potenzial, das heute bereits zu einem gewissen Masse ausgeschöpft ist.

Und gleichzeitig will der Kanton ja nicht nur die verbleibenden Industrie- und Gewerbeflächen umnutzen. Auch ein wachsender Wirtschaftsstandort braucht Flächen für Produktion, Gewerbe und Arbeitsplätze – ein klassischer Nutzungskonflikt. Rein rechnerisch bestehen innerhalb der heutigen Bauzone zwar noch genügend Reserven. Das Problem liegt jedoch in ihrer räumlichen Verteilung. Gerade dort, wo das Wachstum gemäss kantonalem Richtplan schwergewichtig stattfinden soll, werden die Reserven knapper. In ländlichen Gebieten besteht dagegen noch Kapazitätsumfang. Das im Richtplan festgelegte Ziel, 80 Prozent des Wachstums in den urbanen Handlungsräumen aufzunehmen, konnte deshalb in den vergangenen Jahren nur teilweise erreicht werden.

Der Grundsatz der Siedlungsentwicklung nach innen bleibt richtig und wichtig, auch im vorliegenden Bericht. Die Umsetzung wird jedoch anspruchsvoller. Verdichtung findet nämlich nicht auf einer abstrakten Karte statt, sondern in bestehenden Quartieren, Gemeinden und Städten. Und Verdichtung verändert das unmittelbare Lebensumfeld der Menschen. Der Bericht weist in diesem Zusammenhang auch auf eine zunehmende Wachstums- und Dichteskepsis hin – ein Umstand, der auch in der KPB aufgegriffen wurde. Eine erfolgreiche Siedlungsentwicklung nach innen setzt Akzeptanz voraus, und Verdichtung muss deshalb mit Qualität verbunden werden.

Besonders deutlich zeigt sich eine weitere Herausforderung beim Wohnraum. Dabei handelt es sich um einen zweiten Schwerpunkt im Bericht. Die Lage auf dem Wohnungsmarkt sei insbesondere in den Städten und stadtnahen Gebieten angespannt, und auch Veränderungen im demografischen Entwicklungsumfeld hätten einen nachhaltigen Einfluss. Wenn beispielsweise mehr ältere Menschen allein in grösseren Wohnungen lebten, steige die durchschnittlich beanspruchte Wohnraumfläche pro Person an. Die Frage lautet daher nicht nur, wie viele Wohnungen zu bauen sind, sondern auch, welche Wohnungen und Wohnformen für eine sich verändernde Gesellschaft bereitgestellt werden sollen.

Viele berechnete Interessen konkurrieren um denselben begrenzten Raum, das ist eines der Fazits, die man ziehen kann, wenn man den Raumplanungsbericht liest. Wie genügend Wohn- und Gewerberaum geschaffen werden kann und mit welchen Instrumenten der Kanton Zürich das Wachstum längerfristig bewältigen kann, wird deshalb auch im directionsübergreifenden Projekt «Wachstum 2050» weiter vertieft.

Ein weiteres zentrales Thema des Berichtes ist die Landschaft. Mit zunehmender Bevölkerung und Verdichtung steigt auch der Nutzungsdruck ausserhalb der Siedlungsgebiete. Die Ansprüche an die Landschaft wachsen. Unsere Gesellschaft braucht Energieinfrastrukturen, Deponien und andere Anlagen, und wir haben das Bedürfnis nach Naherholung und zugänglichen Landschaftsräumen. Die

Raumplanung müsse, so wird im Bericht dargelegt, deshalb künftig noch besser Wege finden, um notwendige Nutzungen so zu planen und zu gestalten, dass die Qualitäten und Eigenarten der Landschaft möglichst erhalten werden könnten. Mit der derzeit in Erarbeitung befindlichen kantonalen Landschaftskonzeption sollen entsprechende Zielsetzungen weiter konkretisiert und verschiedene Handlungsfelder besser aufeinander abgestimmt werden können.

Zusammenfassend hält der Bericht fest, dass der Kanton Zürich das bisherige Wachstum räumlich vergleichsweise effizient bewältigt hat. Die Fortsetzung des Weges aber werde anspruchsvoller. Der Bericht wurde in der KPB mit grossem Interesse zur Kenntnis genommen. Themen, die speziell diskutiert wurden, betreffen den Wohnungsmix, den Flächenverbrauch, aber auch die innere Verdichtung. Vor allem das Thema der 20/80-Regelung des Raumordnungskonzeptes wurde diskutiert, weil sie oft nicht mit der Bereitschaft von Gemeinden zur inneren Verdichtung übereinstimmt. Weitere Diskussionsthemen waren die Mehrfachnutzung des Raumes sowie der Druck auf die Landschaft infolge der Angrenzung an die Wachstumsräume. Das Stichwort hier heisst «Siedlungsrand», eine Frage der gesamtkantonal als versiegelt eingestuft Flächen und die Frage des Schutzes der Landwirtschaftsflächen. Ein gewichtiger Themenbereich war zudem die Baulandmobilisierung, um das Bevölkerungswachstum aufzunehmen. Hierzu führte die Baudirektion auch die enge Absprache mit den betroffenen Gemeinden an und erläuterte, dass die Bauverpflichtung bereits im Rahmen der Diskussion um den Mehrwertausgleich verworfen worden sei. Auf Wunsch der KPB lieferte die Baudirektion zudem einen Exkurs zur Langfristigen Raumentwicklungsstrategie, LaRES. Im Anschluss an die Diskussionen gab es seitens der KPB wenige Hinweise für den nächsten Bericht: Die qualitätvolle Innenentwicklung, die Abstimmung von Siedlung und Verkehr und die Mehrfachnutzung des Raumes wurden genannt. Ebenfalls wurde die grafische Hervorhebung der thematischen Veränderungen von Bericht zu Bericht angeregt. Sehr begrüsst wurden hingegen die Wahl der Themenschwerpunkte und die Einführung des Fazits.

Ich schliesse mein Votum mit dem Dank an das Amt für Raumentwicklung und an den Herrn Baudirektor. Es wurden sämtliche Fragen sehr geduldig beantwortet, und ich beantrage Ihnen namens der einstimmigen KPB, den vorliegenden Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Regierungsrat Martin Neukom: Der Regierungsrat erstattet alle vier Jahre Bericht über die Raumplanung im Kanton Zürich, und das Resultat ist der vorliegende Raumplanungsbericht. Das tönt zwar alles etwas trocken. Wenn man sich damit beschäftigt, ist es aber durchaus interessant. Wir haben als Fokusthema das Thema «Wachstum» gewählt, weil Wachstum ja auch politisch intensiv diskutiert wird und uns stark fordert und beschäftigt. Wachstum hat zwei Seiten: Wachstum hat Vorteile und Nachteile, und je nach politischer Richtung wird das eine oder das andere betont. Die Vorteile sind klar: Ein Standort, der wächst, läuft in der Regel wirtschaftlich gut, es hat genügend Arbeitsplätze. Wachstum ist auch ein Zeichen,

dass der Standort attraktiv ist, und es ist eine Bedingung dafür, dass es sich überhaupt lohnt, den öffentlichen Verkehr so auszubauen, wie es der Kanton Zürich in den letzten Jahren gemacht hat. Klar ist auch, Wachstum hat auch Nachteile: Der krasseste Nachteil sind das knappe Wohnraumangebot und die Verdrängung, zu der das führt, zudem natürlich auch die Teilüberlastung von gewissen Verkehrssystemen.

Ich komme zur Siedlungsentwicklung: Die Geschossflächenreserven – wenn man sagt, man nimmt alle Bauzonen, wie sie heute stehen, und schaut, was man maximal darauf bauen kann, das sind die Geschossflächenreserven – reichen noch für jahrelanges Wachstum. Da kann man noch 30 Jahre weiter so wachsen. Aber, und das muss man klar sagen, diese Geschossflächenreserven befinden sich teilweise raumplanerisch am falschen Ort. Und sie sind natürlich auch nicht überall verfügbar, weil da teilweise bereits Gebäude stehen und es sich je nachdem nicht lohnt, sie dann auszuschöpfen. Die Verdichtung, die Siedlungsentwicklung nach innen, wird teilweise bereits jetzt kritisch dargestellt. Ich bin aber der Ansicht, dass die Siedlungsentwicklung nach innen grundsätzlich gut funktioniert. Die Herausforderung ist aber primär die Akzeptanz der Dichte, weil wir merken, dass in der Bevölkerung mittlerweile teils auch Mehrheiten sehr kritisch eingestellt sind gegenüber diesem Wachstum. Da ist das Beispiel Kloten Steinacker, die BZO-Revision (*Bau- und Zonenordnung*) in Kloten, die zu deutlich mehr Wohnraum geführt hätte. Da wären 7000 neue Wohnungen entstanden. Dieses Projekt ist aber an der Urne gescheitert, wahrscheinlich auch wegen einer grundsätzlichen Wachstumsskepsis in der Bevölkerung. Das heisst, die Akzeptanz der Dichte ist sehr herausfordernd.

Die hohen Wohnkosten sind ein grosses Problem, sie führen zu einer Verdrängung: Wer heute mit einem Median-Einkommen im Kanton Zürich die Wohnung verliert, der findet möglicherweise keine neue Wohnung und wird an einen anderen Ort verdrängt. Es wird zwar viel gebaut, aber es wird halt auch viel abgerissen. Und das führt dazu, dass immer auch etwas verloren geht, wenn gebaut wird. Wir haben deshalb die Vorlage «Bauen im Bestand» in die Vernehmlassung gegeben, um hier Gegensteuer zu geben und zu ermöglichen, dass mehr im Bestand gebaut wird und weniger Ersatzneubauten erstellt werden.

Relevant bezüglich der Raumplanung ist natürlich vor allem die Flächeneffizienz. Wir haben einen Kanton Zürich mit einer bestimmten Fläche. Diese Fläche wächst nicht mit, deshalb müssen wir immer bestrebt sein, sie möglichst effizient zu nutzen. Im Siedlungsgebiet heisst das beispielsweise, dass wir natürlich verdichten; das ist eine effizientere Flächennutzung. 57 Prozent der Wohngebäude sind Einfamilienhäuser, aber nur 22 Prozent der Bevölkerung leben in diesen Einfamilienhäusern. Es ist klar, in dem Sinne wird die Fläche in einem Einfamilienhaus weniger effizient genutzt. Diese Erkenntnis ist ja nicht überraschend, die Zahlen haben mich aber doch nochmals erstaunt. Diese Entwicklung zeigt auch, dass wir heute kaum mehr Einfamilienhäuser bauen; netto gehen die Einfamilienhäuser sogar leicht zurück. Das liegt wahrscheinlich vor allem auch an den hohen Bodenpreisen, die das natürlich weniger attraktiv machen.

In der Raumplanung geht es hauptsächlich eigentlich um die Verteilung der Flächen und der unterschiedlichen Ansprüche an die Flächennutzung: Welche Nutzung erhält wie viel Fläche? Wie viel Fläche soll die Siedlung erhalten, wie viel die Landwirtschaft, der Wald, der Verkehr, die Freizeit, die Erholung und so weiter? Und aus meiner Sicht müssen wir, wenn wir ein starkes Wachstum haben, wie es zurzeit im Kanton Zürich der Fall ist, schauen, dass wir möglichst viel Fläche auch wirklich nutzen. Das heisst auch, möglichst viele Flächen doppelt zu nutzen: zum Beispiel für Erholung und Biodiversität – ein Naturschutzgebiet oder eine Revitalisierung, die auch Erholung bieten –, für Verkehr und Erholung – wie die Einhausung Schwamendingen – oder für Landwirtschaft und Energienutzung – wie mit Agri-PV. Wir müssen schauen, dass wir die Flächen, so gut es geht, effizient nutzen. Das heisst, effiziente Landwirtschaft, effizientes Wohnen, auch flächeneffizienten Verkehr entsprechend fördern. Und schlussendlich, und das ist fast die Hauptaufgabe in der Raumplanung, braucht es Abwägungen. Es braucht immer Interessenabwägungen, und das ist eine grosse Herausforderung, mit der wir in der Baudirektion stets betraut sind.

Ich danke dem Amt für Raumentwicklung und allen beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die für diesen Bericht geleistete Arbeit. Ich persönlich finde ihn sehr gelungen und sehr lesenswert. Es ist eine sehr gute Auseinandersetzung mit dem Thema Wohnen. Ich bitte Sie, den Raumplanungsbericht 2025 zur Kenntnis zu nehmen. Besten Dank.

Barbara Grüter (SVP, Rorbas): Wir haben es gehört, der Kanton Zürich wächst in rasantem Tempo. Der neue Raumplanungsbericht zeigt uns eine unmissverständliche Realität. Bis zum Jahr 2055 wird die Bevölkerung voraussichtlich im Kanton Zürich auf fast 1,9 Millionen Menschen anwachsen. Dieses Wachstum wird primär durch die anhaltende Zuwanderung angetrieben.

Genau hier liegt wohl die grösste Herausforderung unserer Zeit. Wie bringen wir immer mehr Menschen auf der exakt gleichen Landesfläche unter? Die starke Zuwanderung der letzten Jahrzehnte hat zu einer enormen Verdichtung geführt. Die logische Folge sind höhere Mieten und Immobilienpreise, die für den Mittelstand kaum noch tragbar sind. Strassen, der öffentliche Verkehr und Schulen stossen landesweit an ihre Kapazitätsgrenzen. Die bisherige Strategie des Kantons hiess «Verdichtung nach innen». Man muss fairerweise sagen: Das hat lange funktioniert, der Bodenverbrauch pro Person sank. Doch der aktuelle Bericht zieht nun hier eine rote Linie. Diese Reserve ist aufgebraucht. Es gibt kaum noch ungenutzte Baulücken im Siedlungsgebiet. Der Kanton Zürich ist faktisch fertig gebaut. Das verbleibende freie Bauland reicht bei weitem nicht aus, um den anhaltenden Zuwanderungsdruck aufzufangen. Zusätzlicher Wohnraum kann fast nur noch durch die Verdichtung bestehender Wohngebiete entstehen. Jede weitere Verdichtung bedeutet also ab jetzt: höher bauen oder enger zusammenrücken. Gleichzeitig wächst der Druck auf die Landschaft. Wenn die Städte voll sind, weichen die Menschen für Freizeit und Erholung in die Natur aus. Doch der Bericht

stellt auch hier klar: Landwirtschaftsflächen, Wälder und Biodiversitäts-Kühlzonen müssen absolut geschützt werden – auch als Schutz gegen den sogenannten Klimawandel. Wir befinden uns also in einer planerischen Zwickmühle.

Zusammenfassend zeigt der Raumplanungsbericht 2025: Der Kanton stösst an seine physischen Grenzen. Wenn wir unsere Landschaft und unsere Lebensqualität schützen wollen, können wir nicht ewig weiter verdichten. Die Raumplanung kann die Symptome zwar verwalten, aber das Grundproblem des massiven Zuwachses nicht allein lösen. Damit stehen wir vor der entscheidenden Frage: Welche politische Richtung kann diesen Dichtestress überhaupt noch bremsen? In der Bevölkerung wächst das Unbehagen spürbar. Zwar profitiert die Wirtschaft vom Wachstum, doch im Alltag erleben die Menschen die Kehrseite: volle Züge, verstopfte Strassen, die schmerzhaft Wohnungssuche und den Verlust vertrauter Grünflächen. Überbevölkerung und Dichtestress sind längst nicht mehr nur ein rechtsbürgerliches Thema, das Thema ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen.

Der Raumplanungsbericht 2025 zeigt uns, dass wir die Augen vor der Realität nicht mehr verschliessen können. Wenn wir die Zuwanderung nicht politisch steuern und drosseln, verlagern wir das Problem nur. Reine Raumplanung am grünen Tisch reicht nicht mehr aus. Wir müssen als Gesellschaft die Grundsatzfrage beantworten: Wie viel Wachstum verträgt unser Kanton noch, ohne dass wir unsere Identität, unsere Natur und unsere Lebensqualität unwiderruflich verlieren? Wir nehmen den Raumplanungsbericht 2025 dankend zur Kenntnis und sind gespannt auf den nächsten.

Ivo Hasler (SP, Dübendorf): Vorab möchten wir uns bei der Baudirektion und den involvierten Personen für den ansprechenden und inhaltsreichen Raumplanungsbericht bedanken. Wie immer ermöglicht uns dieser einen wertvollen Einblick in die Werkstatt dieses wichtigen Themas.

Bis 2055 wächst der Kanton Zürich um 300'000 Menschen auf 1,9 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner an. Was durchaus als Kompliment verstanden werden darf – offensichtlich möchten die Menschen hier leben –, bringt Herausforderungen mit sich, sei es in sozialer, ökologischer oder ökonomischer Hinsicht. Gleichzeitig stehen wir einem demografischen Wandel mit sinkender Geburtenrate und steigender Lebenserwartung gegenüber und damit einem Wachstum der älteren Bevölkerung.

Gerade bei dieser Bevölkerungsgruppe liegt mit 90 Quadratmetern Pro-Kopf-Verbrauch an Wohnfläche grosses Potenzial bezüglich suffizienter Wohnraumnutzung. Nur, es mangelt oft an erschwinglichen und altersgerechten Angeboten, in die man dann, wenn die eigenen vier Wände zu gross geworden sind, eben auch wechseln kann. Die Abstimmung und die vehement geführte Debatte zur 10-Millionen-Schweiz (*eidgenössische Abstimmung über die Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz! [Nachhaltigkeitsinitiative]» vom 14. Juni 2026*) stecken uns noch in den Knochen. Und es ist erfreulich, dass der Regierungsrat Wachstum als Gestaltungsfeld und nicht als Schreckgespenst sieht. Wachstum gestalten,

diese Haltung begrüßen wir und erfreuen uns am längst überfälligen ganzheitlichen Blick, den die Regierung mit dem Projekt «Wachstum 2050» einnehmen will. Wir erhoffen uns von diesem Projekt, dass es alle drei Säulen der Nachhaltigkeit, insbesondere die oft vernachlässigte soziale Komponente, angemessen beleuchtet und die Erkenntnisse daraus auch ihren Eingang in mögliche Handlungsfelder finden. Für eine nachhaltige Stadtentwicklung steht nicht ein Entweder-oder, sondern ein Sowohl-als-auch über diesen drei Säulen. Wir sind überzeugt, dass diesem Grundsatz mit kreativen Lösungen entsprochen werden kann. Die zentrale Frage hierbei: Wie kann auch der Bevölkerung der unteren und mittleren Einkommensschichten der Verbleib nahe am Arbeitsplatz im prosperierenden Metropolitanraum Zürich nachhaltig gesichert werden?

Die Biodiversität im Kanton Zürich ist in einem schlechten Zustand, das wissen wir spätestens unter anderem seit den aufgenommenen Debatten rund um das Thema des ökologischen Ausgleichs. Artenvielfalt ist kein Nice-to-have, sondern Bedingung für unseren Lebensraum. Die «Fachgrundlage Ökologische Infrastruktur» zum Erhalt und zur Förderung der Biodiversität erachten wir deshalb als wichtiges Instrument, um dem immer höheren Nutzungsdruck auf Flora und Fauna begegnen zu können. Damit sich der Erhalt von Fruchtfolgeflächen und die Stärkung der Biodiversität optimal ergänzen, gilt es nicht nur, dieses Instrument voranzutreiben, sondern auch, die nötigen Gesetzesrevisionen daraus abzuleiten, so dass diese baldmöglichst in die Umsetzung gelangen.

Aus den Kennzahlen zum Bevölkerungswachstum wird schwarz auf weiss deutlich, wie gross der Hebel für eine nachhaltige Mobilitätsplanung wäre. Während der Flächenbedarf pro Kopf beim Autoverkehr 115 Quadratmeter beträgt, bewegt sich derjenige für Fuss-, Velo- oder öffentlichen Verkehr gerade mal zwischen 3 und 12 Quadratmetern, ist also circa 10- bis 40-mal geringer. Wir tun deshalb gut daran, beim Verkehr auf nötige Bewegungen für Waren und Dienstleistungsflüsse zu fokussieren sowie Individualverkehr auf den ÖV zu lenken und diesen auch gezielt zu fördern. Die Stadt der kurzen Wege oder die 15-Minuten-Stadt sind genau die Ideale, die es zu verfolgen gilt, wenn wir verhindern wollen, dass vom Wohn- zum Arbeitsort unnötige Kilometer zurückgelegt werden und die Infrastruktur zu stark belastet wird. Es liegt auf der Hand: Wer Wachstum in den urbanen Stadt- und Wohnlandschaften fördern will, um den Druck auf Natur und Kulturlandschaft zu verringern, muss auch dafür sorgen, dass ein genügendes Wohnangebot vorhanden ist, das sowohl mit einem Mindest- als auch mit einem Mittelstandslohn oder einer Rente bezahlbar bleibt. Es ist nicht zu akzeptieren, dass wesentliche Teile der Immobilienwirtschaft sich an maximal erzielbaren Renditen orientieren, während wenige private und gemeinnützige Bauträger sich der Gesamtgesellschaft verpflichtet sehen. Projekt «Wachstum 2050», wir bleiben gespannt.

Es ist sehr erfreulich, dass auch der Regierungsrat erkannt hat, dass erschwinglicher Wohnraum im Grossraum Zürich ein kantonales Interesse darstellt, und das Ziel einer bedarfsgerechten Wohnraumversorgung in die Kantonsverfassung aufnehmen will. Was aber nicht geht und der Sache nicht gerecht wird, ist, dass die

Studie von Wüest Partner, die notabene im Schlaglicht der dem Regierungsrat unliebsamen Wohninitiativen der letzten Jahre bestellt wurde, nun quasi als Wahrheit über die Wirksamkeit verschiedener wohnpolitischer Massnahmen in diesen Bericht einfliesst. Methodisch bildet die Grafik zwar die Wirkung auf Wohnungsproduktion und Wohnkosten ab, nicht aber, wer von den Massnahmen profitiert. Die soziale und verteilungspolitische Dimension fehlt auf ihren Achsen, entsprechend erscheinen gerade renditebegrenzende Instrumente systematisch als wenig wirksam. Bezeichnenderweise nennt die Studie selbst als vielversprechendste Massnahme das Aufzonen bei gleichzeitigen Vorgaben für einen Anteil an preisgünstigem Wohnraum, also nicht die reine Angebotsausweitung, sondern deren Koppelung an eine Kostenmiete.

Bedenkt man, dass im Negativzinsumfeld grossvolumige Investitionen in den Wohnbausektor aus dem Ausland – dies nicht zuletzt dank der Lockerung der Lex Koller – dazu geführt haben, dass die Bodenpreise ins Unermessliche gestiegen sind, so hätten renditebegrenzende Massnahmen aus unserer Sicht durchaus zur Folge, dass dieser Markt an Attraktivität verlöre und etwa gemeinnützige Akteure oder die öffentliche Hand auch wieder Chancen hätten, Land zu erwerben und erschwinglichen Wohnraum zu vermehren. Wachstum und Angebotsausweitung als vermeintliche Lösung, wie wir es von den wirtschaftsliberalen Kreisen fast schon gebetsmühlenartig immer wieder zu hören bekommen, werden auch mit dieser Grafik weiter zementiert. Wir hoffen doch schwer, dass der beiläufig im Text erwähnte Satz «Die Auslegeordnung der verschiedenen Massnahmen muss diskutiert werden» vom Regierungsrat beherzigt wird und in der Auseinandersetzung, nicht zuletzt im Rahmen des Projektes «Wachstum 2050», mit einem sachgerechten und differenzierten Diskurs einhergeht, wie es der Rest des Kapitels 2, «Knapper Wohnraum», erfreulicherweise tut.

Die politischen Fronten sind verhärtet, wie sich auch am 14. Juni 2026 einmal mehr gezeigt hat. Wir brauchen wieder einen konstruktiven, verantwortungsvollen Dialog im Sinne der Gesellschaft. Wir sind überzeugt, dass ein Wachstum des Kantons Zürich, wie es in diesem Bericht prognostiziert wird, sowohl wirtschaftlich als auch und vor allem sozial und ökologisch nachhaltig möglich ist. Dafür braucht es aber die ganze politische Kraft über alle Lager hinweg und einen Blick fürs grosse Ganze, weg von Partikularinteressen, hin zu einer starken Raumplanung – wie gesagt, im Sinne der Gesamtgesellschaft. Die SP wird sich bei der anstehenden Beratung der Vielzahl von Vorstössen insbesondere zum vereinfachten Bauen von diesem Grundsatz leiten lassen und ihnen, sollten sie diesem dienen, auch nicht im Wege stehen. Besten Dank.

Stephan Weber (FDP, Wetzikon): Dieser Raumplanungsbericht hat sich auf die Themenschwerpunkte «Herausforderung Wachstum», «Knapper Wohnraum» und «Wertvolle Landschaft» fokussiert. Die Themenschwerpunkte werden dabei aus verschiedenen Gesichtspunkten in einer wertvollen Übersicht analysiert. Im Raumplanungsbericht werden auch die anstehenden oder umgesetzten Gesetzesrevisionen mit den geplanten Massnahmen aufgelistet. Der Ausblick im Bericht

thematisiert vorwiegend soziale und Nachhaltigkeitsthemen, welche unbestritten auch Bedeutung haben. Auffallend ist, dass die Behandlungsthemen dieses und der früheren Raumplanungsberichte sich hauptsächlich um Verdichtung, Verkehr sowie den Schutz von Bauten und der Landschaft drehen. In den bisher erstellten Raumplanungsberichten waren die Wirtschaft und das Gewerbe im Zusammenhang mit der Raumplanung noch nie ein vertieftes Thema.

Für den nächsten Raumplanungsbericht wünsche ich mir deshalb ein Vertiefungsthema, welches die Bedürfnisse und Schwierigkeiten der Wirtschaft und des Gewerbes behandelt. Auch diese sind in unserem dichtbesiedelten Kanton raumplanerisch unter Druck. Sie leiden unter der Verdrängung von der Stadt in die Agglo und von da auch in andere Kantone, dies nicht zuletzt, weil zu wenig Entwicklungsräume zur Verfügung stehen. Die Wirtschaft und das Gewerbe finanzieren über ihre Firmen und ihre Angestellten mit Steuern unseren Kanton. Somit stellen sie auch die finanziellen Ressourcen bereit, damit wir unsere raumplanerischen Projekte realisieren können. Wir sind gut beraten, wenn wir die raumplanerischen Bedürfnisse und Entwicklungsmöglichkeiten für die Wirtschaft und das Gewerbe analysieren und die Entwicklungsmöglichkeiten im nächsten Raumplanungsbericht aufzeigen.

Monica Sanesi Muri (GLP, Zürich): 1,9 Millionen Menschen im Jahr 2055 im Kanton Zürich: Das sind 300'000 Leute mehr als heute – für unsere Wirtschaft eine grosse Chance. Wenn wir als Durchschnitt nehmen, dass in einer Wohnung zwei Personen leben, ergibt dies einen Zuwachs an Wohnungen von 150'000 in rund 30 Jahren. Das ist die eine Herausforderung. Gleichzeitig müssen Gemeinden und Kanton sicherstellen, dass bezahlbarer Wohnraum entsteht und soziale Durchmischung erhalten bleibt. Das Wachstum erhöht nicht nur den Druck auf den Wohnraum, sondern auch auf die Infrastruktur und die Landschaften. Gleichzeitig können sich Boden und Natur nicht vermehren. Der Raumplanungsbericht 2025 zeigt auf: Wir müssen nach innen verdichten. Das ist zwar nichts Neues, aber es zeigt sich hier wieder klar und deutlich.

Das bestehende Siedlungsgebiet muss weiterentwickelt werden, statt dass neue Flächen verbaut werden. Denn die wertvollen Landschaften – Kulturlandschaften und Naturräume – sind entscheidend für die Biodiversität, für die Erholung, für die Landwirtschaft und die Klimaresilienz. Werden sie weiter zersiedelt, verlieren wir Lebensräume, wir verlieren Artenvielfalt und wichtige ökologische Funktionen. Damit Verdichtung nun also gelingt, braucht es eine Innenentwicklung mit Qualität. Das heisst, es braucht gute ÖV-Erschliessungen mit genügend Kapazität, es braucht breitere Trottoirs, durchgängige Velowege und allgemein kurze Wege zu Arbeit und Gewerbe. Zudem sind attraktive Parkanlagen und Gärten auch gut gegen die gegenwärtige Skepsis gegen Verdichtung. Wenn die Qualität also stimmt, bringt Verdichtung für die Menschen im Alltag einen spürbaren Mehrwert, und die Akzeptanz kann so steigen. Dieses Anliegen wurde bereits 2013 in der «Strategie innere Verdichtung» – das ist die Vorlage 5027 – thematisiert, und wir freuen uns, dass es hier weitergeht. Kurz, Wachstum wird

kommen; wir müssen es als Kanton intelligent und naturverträglich machen. Das ist unser aller Aufgabe, und nur so können wir genügend Wohnraum schaffen, gleichzeitig Landschaften erhalten und die Biodiversität schützen. Wir bedanken uns bei der Regierung für den umfassenden Raumplanungsbericht und nehmen ihn zur Kenntnis.

Thomas Schweizer (Grüne, Hedingen): Der aktuelle Raumplanungsbericht gibt einen interessanten Einblick in die Zielsetzungen und die Umsetzungen im Bereich Raumplanung der letzten Jahre und zeigt die künftigen Entwicklungen und die dazu nötigen Massnahmen auf. Die Nutzungsansprüche werden mit steigender Bevölkerung zunehmen. Die Flächeneffizienz und die Mehrfachnutzung des Bodens werden in den nächsten Jahren zunehmend in den Fokus gerückt werden. Flächeneffizienz wäre insbesondere im Bereich Wohnen wichtig. Beim Wohnen darf nicht einfach nur «mehr bauen» gefordert werden. Denn wenn am Schluss nur der Wohnflächenverbrauch pro Person gesteigert wird, haben wir nichts gegen die Wohnungsnot gemacht, und die Wohnungen werden auch nicht zu fairen Preisen angeboten. Die kantonalen baugesetzlichen Möglichkeiten sind leider im Bereich Wohnflächenverbrauch begrenzt. Es gibt aber Möglichkeiten, mehr Flächeneffizienz bei Bauten zu verlangen, zum Beispiel im Rahmen von Aufzonungen oder im Rahmen von städtebaulichen Verträgen, welche im Rahmen des Mehrwertausgleichs eine höhere Bedeutung erlangt haben. Dort kann und soll der gemeinnützige und damit der flächeneffiziente Wohnungsbau gefördert werden. Da sind die Gemeinden gefragt, welche mit der Verdichtung auch den gemeinnützigen Wohnungsbau fördern müssen.

Weiterhin wird aber zu viel abgebrochen und zu wenig erneuert. Den 7500 im Jahr 2024 neu gebauten Wohnungen steht ein Abbruch und damit ein Verlust von 2100 Wohnungen gegenüber. Der Saldo ist somit nur 5400 Wohnungen. Hier braucht es vermehrt Konzepte für Verdichtung im Bestand. Der Erhalt von identitätsstiftenden Bauten sowie der Erhalt und die Weiterentwicklung von Altbauten müssen auch im Sinne der Kreislaufwirtschaft erhöhte Priorität erhalten. Die Raumplanung muss sich verstärkt auf Bauvorhaben mit gut zugänglichen Grünflächen, vielfältigen Nutzungen und auf bezahlbare Wohnungen ausrichten. Diese müssen aber überall gegenüber der rein renditeorientierten Bauwirtschaft bevorzugt werden. Entsprechend sollten diese Instrumente ausgebaut beziehungsweise vermehrt angewandt werden. Es braucht nicht Investoren, die übergrosse und überteuerte Wohnungen bauen, sondern Investoren, die flächensparende Wohnungen für den Mittelstand erstellen. Damit kann auch der Wachstumsmüdigkeit entgegengewirkt werden, welche sich zum Beispiel bei der Ablehnung von kommunalen BZO-Änderungen zeigt.

Es wird auch im Raumplanungsbericht, auf Seite 25, explizit darauf hingewiesen, dass die Forderung nach einer Vereinfachung des Baurechts zu kurz greife, das Potenzial sehr begrenzt sei. Verschiedene Ansätze wurden in den letzten Jahren auch bereits umgesetzt oder stehen kurz vor der Umsetzung.

So ist die Digitalisierung der Baugesuche, das Projekt «eBaugesucheZH», vonseiten des Kantons abgeschlossen und vonseiten der Gemeinden weit fortgeschritten. Die zunehmende Dichte ist auch mit einer zunehmenden Komplexität verbunden, welche entsprechend übergeordnete Abwägungen braucht. Es braucht vermehrt Konzepte und Bauvorhaben zum generationendurchmischten Wohnen. Die Ausrichtung der Wachstumsgebiete auf die Stadtlandschaften und die urbane Wohnlandschaft konnte nur teilweise erreicht werden. Viele noch nicht überbaute Bauzonen liegen in den wenig dicht besiedelten Gebieten. Daher ist eine Verschiebung von Bauzonen zu prüfen. Ein entsprechendes Projekt ist in Erarbeitung. Mit der Zunahme der Bevölkerung und damit auch der Siedlungen wächst auch der Verkehr. Dieser muss eben auch effizient und noch stärker flächensparend ausgerichtet werden, also auf den ÖV, den Fuss- und den Veloverkehr. Die Zielsetzungen der Gesamtverkehrskonzeption 2018 sind diesbezüglich wenig ambitioniert. Der Verkehrszuwachs soll nur zur Hälfte auf den ÖV entfallen. Das heisst, der motorisierte Verkehr nimmt immer noch substanziell zu. Hier braucht es mutigere Massnahmen, welche den ÖV deutlicher bevorzugen. Gespannt bin ich auf die Resultate des «Mikrozensus Mobilität und Verkehr», der Erhebung des Bundes, welche demnächst präsentiert werden soll. Es steht zu befürchten, dass selbst diese wenig ambitionierten ÖV-Ziele der Gesamtverkehrskonzeption nicht erreicht werden. Entsprechend sind die Zielsetzungen neu zu formulieren, und die flächensparende Mobilität ist klar zu priorisieren. Besten Dank.

Janine Vannaz (Die Mitte, Aesch): Der vorliegende Raumplanungsbericht zeigt drei Schwerpunktthemen auf: «Herausforderung Wachstum», «Knapper Wohnraum» und «Wertvolle Landschaft». Diese verschiedenen Ansprüche können schon mal zu einem Interessenskonflikt führen, und insofern sind wir hier wohl alle gefordert, um die hohe Lebens- und Wohnqualität in unserem Kanton mindestens zu erhalten. Unser Kanton wächst stark, und dieses Wachstum braucht Ordnung, Qualität und vorausschauende Planung. Genau dafür liefert der Bericht gutes Zahlenmaterial. Er benennt die Fragen, mit denen wir in den nächsten Jahren konfrontiert sein werden – vom Wohnraummangel über die Innenentwicklung bis hin zur Mobilität –, und zeigt gleichzeitig aber auch verschiedene interessante Lösungsansätze auf.

Wachstum ist ja grundsätzlich erstrebenswert, bringt halt aber auch ganz viele Fragen betreffend Infrastruktur, Schulen, soziales Miteinander et cetera mit sich. Eine zu grosse Wohndichte kann eben auch negative Folgen für das Individuum haben. Insofern ist in diesen Gebieten mit besonders hoher Sorgfalt zu projektieren. Das Kapitel, in welchem die Einfamilienhäuserbelegung thematisiert wird, ist auch ganz schön eindrücklich und lässt ein bisschen die Quelle dieser Gedanken erahnen. Ich denke, wie viel Wohnraum eine Familie oder eine einzelne Person sich leisten und beanspruchen möchte, ist eine private Entscheidung und keine Aufgabe der Raumplanung. Für uns als Mitte ist entscheidend, dass wir die bevorstehenden Herausforderungen annehmen und nicht in Wunschdenken verfallen, sondern eben auf lösungsorientierte Wege setzen. «Ausgewogenheit» ist hier

das Zauberwort: Innenentwicklung mit Augenmass, Schutz der Landschaft, damit sich nicht nur Menschen, sondern auch Tiere wohlfühlen können, gezielter Ausbau von ÖV sowie selbstverständlich auch MIV und eine Planung, die Gemeinden unterstützt und nicht überfordert. Die Mitte dankt allen Beteiligten für diese grosse und ausführliche Arbeit und nimmt den Raumplanungsbericht 2025 sehr gerne zur Kenntnis. Vielen herzlichen Dank.

Manuel Sahli (AL, Winterthur): Auch die Alternative Linke hat den Bericht studiert, und wir müssen diesem wirklich attestieren, dass er sehr lesenswert ist. Er ist gut geschrieben und illustriert, die Grafiken sind interessant und ergänzen den Text sehr gut. Leserinnen und Leser gewinnen einen umfassenden Eindruck der kommenden Herausforderungen in der Raumplanung und davon, wie diesen begegnet werden soll und kann, quasi eine Tour d'Horizon. Daher auch von mir und von uns ein herzliches Dankeschön der Verwaltung, insbesondere dem Amt für Raumentwicklung.

Im Bericht sehen wir die Herausforderungen, die sich bei der weiteren Entwicklung für unseren Kanton stellen und wo deren Grenzen sind. Es braucht eine weitere Verdichtung. Damit wir dies auffangen können, stellen sich hier höhere qualitative Ansprüche an eben diese Verdichtung. Naherholungs-, Landwirtschafts- und Waldgebiete müssen geschützt und in die Raumplanung aktiv einbezogen werden. Zudem müssen wir zusammen mit den qualitativen Ansprüchen auch den sozialen Verpflichtungen nachkommen.

Leider ist es zurzeit so, dass bei Verdichtungen vielfach auf Luxussanierungen gesetzt wird. Die notwendige Verdichtung wird von profitorientierten Immobilienbesitzern quasi für eine Wertsteigerung benutzt, die bei genauerem Hinsehen vielfach in rechtswidrigem Profit endet. Umso mehr ist der Staat gefordert, genauer hinzuschauen und dem mit Anforderungen an die Siedlungsplanung, mit Mehrwertabgaben, Gesetzesanpassungen und Förderung des gemeinnützigen Wohnbaus Einhalt zu gebieten. Verdichtung darf kein Synonym für Gentrifizierung, Abriss und Mietsteigerungen sein. Renovation und Bauen im Bestand müssen eine Selbstverständlichkeit werden, und wir müssen von diesem System abkehren, in dem die notwendige Verdichtung von Investoren als Gewinnmaschine angesehen wird.

Ebenfalls sehen wir auch eine wohlbekannte Tatsache, die wir aber auch hier wiederholen müssen: Im Bericht wird auch nochmals klar aufgezeigt, wie viel Raum der private Individualverkehr mit den Autos im Vergleich zu alternativen Verkehrsmitteln einnimmt, sei es nun der ÖV, das Fahrrad oder schlichtweg das Gehen zu Fuss. Das Auto verbraucht hier um ein Vielfaches mehr Raum als die anderen Verkehrsmittel. Wenn wir also dem Verlust von Kulturraum vorbeugen müssen, müssen wir auch hier ansetzen. Wir müssen entsprechend den öffentlichen Verkehr fördern, unsere Infrastruktur und unsere Strassen dürfen nicht einfach autozentriert geplant werden. Wir müssen hier umdenken. Leider bewegen wir uns hier weiter in einem Status quo, da ist sicherlich mehr möglich. In der Raumplanung sollten möglichst kurze Wege und gute Verbindungen mit ÖV und

Velo aktiv eingeplant werden. Und nicht jede Strasse, jede Erschliessung, jede Wohnsiedlung braucht einen Autoanschluss, insbesondere in unserem Kanton Zürich, wo die Infrastruktur definitiv so gut ausgebaut ist, dass dies nicht notwendig ist. Die Alternative Linke nimmt den Raumplanungsbericht entsprechend zur Kenntnis.

Nadja Wirth (Grüne, Pfäffikon/ZH): Dieser Bericht fasst ein grosses Problem unseres Kantons in einer schönen Grafik zusammen. Ausserhalb des Siedlungsgebietes sind 7 Prozent der Fläche versiegelt, und von diesen versiegelten Flächen entfallen 67 Prozent auf Strassen, zwei Drittel. Das ist enorm viel, und es zeigt ziemlich deutlich, worüber wir sprechen müssen, wenn wir über die Zukunft der Raumplanung unseres Kantons reden. Der Bericht sagt es gleich am Anfang: Die Bevölkerung wächst, die Fläche des Kantons aber selbstverständlich nicht. Bis 2055 sollen rund 300'000 zusätzliche Menschen im Kanton Zürich leben. Diese Menschen brauchen Wohnungen, Schulen, Arbeitsplätze und Orte, an denen sie sich erholen können. Und natürlich müssen sie unterwegs sein können. Aber da können wir nicht einfach so weitermachen wie bisher. Denn wenn wir unsere heutige Lebensweise unverändert fortschreiben, bedeutet das gemäss Bericht auch 140'000 zusätzliche Autos.

Ich frage mich ganz ehrlich: Wo sollen die alle hin? Autos brauchen nicht nur Platz, wenn sie fahren. Sie brauchen auch Platz, wenn sie stehen, und das nicht nur an einem Ort, sondern zu Hause, am Arbeitsplatz, beim Coiffeur, beim Supermarkt des Vertrauens, vor der Badi, beim Tennisplatz. Und diese Parkplätze liegen in der Regel noch im Siedlungsgebiet, am liebsten maximal fünf Schritte vom Eingang entfernt. Dieser Platz fehlt uns dann anderswo: für ÖV-Infrastruktur, für Bäume, für sichere Velowege, für breitere Trottoirs. Die Entscheidung, wie wir unseren Verkehr aufteilen, ist zentral. Versiegeln wir noch mehr für ineffizienten motorisierten Individualverkehr oder investieren wir in den öffentlichen Verkehr, der in mehrerer Hinsicht effizienter Personen von A nach B befördert? Machen wir alles platt für Parkplätze oder pflanzen wir Bäume, die uns in Hitze-Wellen, wie wir sie diesen Sommer eine nach der anderen erlebt haben, Schatten und Kühle spenden? Wir werden mit den Folgen der heutigen Planung noch lange leben. Wir werden erleben, wie unsere Sommer heisser werden.

Der Bericht hält ausserdem fest, dass wichtige Abschnitte des kantonalen Strassennetzes bereits heute an ihre Kapazitätsgrenze stossen. Erfahrungsgemäss sind neue Spuren aber nach kurzer Zeit wieder voll. Noch mehr Strassen können also nicht die Lösung sein: Zurück bleiben mehr versiegelte Flächen, mehr Lärm und noch mehr Verkehr. Für mich ist deshalb klar: Wir müssen aus den Flächen, die wir bereits für den Verkehr nutzen, mehr machen. Eine Strasse ist nicht einfach eine Fläche für Autos. Sie kann auch eine Busspur sein, ein sicherer Schulweg, eine Veloroute, eine Baumreihe, die im Sommer Schatten spendet, oder ein Ort, an dem Menschen einander begegnen.

Das heisst nicht, dass morgen niemand mehr mit dem Auto fahren darf. Natürlich gibt es Menschen und Betriebe, die auf das Auto angewiesen sind. Aber gerade

deshalb sollten wir die Strassen nicht mit jenen Fahrten füllen, für die es gute Alternativen gäbe. Wir müssen neue Wohnungen auch dort bauen, wo der öffentliche Verkehr bereits gut ist. Wir müssen Bus, Tram und Züge mit dem Bevölkerungswachstum ausbauen, und wir müssen das Velo und das Zu-Fuss-Gehen endlich als selbstverständlichen Teil unserer Mobilität behandeln. Aber vor allem sollten wir bei jedem neuen Strassenprojekt genauer hinschauen. Braucht es diese zusätzliche Fläche wirklich, oder könnten wir mit einer besseren Nutzung der bestehenden Strassen, einem stärkeren öffentlichen Verkehr und einer klügeren Siedlungsplanung mehr erreichen?

Der Bericht liefert dafür wichtige Grundlagen, aber eine gute Analyse allein verändert noch nichts. Entscheidend ist, welche politischen Schlüsse wir daraus ziehen. Ich wünsche mir einen Kanton, in dem Wachstum nicht automatisch mehr Autos und mehr Asphalt bedeutet, sondern kürzere Wege, bessere Verbindungen, lebendige Ortszentren und mehr Platz für Menschen und Natur. Unser Boden ist knapp, und wir sollten ihn so nutzen, dass auch kommende Generationen noch etwas davon haben.

Donato Flavio Scognamiglio (EVP, Freienstein-Teufen): Wenn Sie ein Kind haben und ihm ein paar Hosen geben, ein paar Raumplanungs-hosen, und es ist zehn Jahre alt; und dieser Bub wächst, und Sie passen die Hosen nicht an; und dann ist er 16 Jahre alt, er hat immer noch die gleichen Hosen; und dann ist er plötzlich 56, wie ich, mit den gleichen Hosen, und steht hinter dem Grill. Also, worauf ich hinauswill: Wir sollten eine Grundsatzdebatte führen: Welchen Kanton stellen Sie sich vor? Wie viel Wachstum ist genug? Wohin soll dieser Kanton gehen? Herr Neukom hat es gesagt, einmal die Hosen definiert, definieren wir, wie wir die einsetzen. Es gibt viele, die kein Wachstum mehr wollen, und das müssen wir auch ernst nehmen. Es gibt auch Akteure, die Rendite erzielen möchten. Auf der anderen Seite brauchen wir zahlbaren Wohnraum.

Schritt 1 wäre eine Vision: Wie soll der Kanton Zürich aussehen – was wollen wir: Ballenberg oder Monaco? Wie soll das aussehen? Und erst dann könnten wir gemeinsam sagen, in welche Richtung wir marschieren. Sonst bremsen wir uns immer aus. Ich danke der Regierung für diesen super Bericht – es ist ein super Bericht. Aber schreiben Sie mal am Wochenende auf ein Stück Papier auf: «Wie sieht meine Vision für Zürich aus? Wie möchten wir leben?» Dort sollten wir einen gemeinsamen Nenner finden. Dann werden wir auch Massnahmen finden, um diese Ziele zu erreichen. Danke für den super Bericht.

Nicola Siegrist (SP, Zürich): Ich spüre in diesem Ratssaal einen deutlichen Konsens zur Verdichtung nach innen, und das ist sehr begrüßenswert. Ich bin dabei insbesondere auch äusserst froh, dass der Sprecher der Freisinnigen Fraktion nicht die Schnapsideen der FDP Schweiz übernommen hat und nicht auf diesen Zug aufspringt; da scheint Zürich für einmal etwas vernünftiger zu sein. Wir müssen uns darauf einigen, dass wir die Landschaften in diesem Kanton schützen können, dort, wo sie noch zu schützen sind. Und das heisst Verdichtung gegen innen, es

heisst weiterbauen, ergänzen, aufstocken und vor allem noch weniger abreissen, als dies in den letzten zehn Jahren geschehen ist.

Etwas muss in dieser Debatte aber mit aller Deutlichkeit festgehalten werden: Die wohl entscheidendste Stelle in diesem Raumplanungsbericht findet sich auf Seite 10: «Bauvorhaben mit zugänglichen Grünflächen, vielfältigen Nutzungen und bezahlbaren Wohnungen erfahren geringeren Widerstand als rein renditeorientierte Bauvorhaben.» Die ETH-Studie, die da zitiert wird, zeigt den Ausweg aus der mutmasslichen Wachstumsmüdigkeit, die nun von verschiedenen Fraktionen erwähnt wurde. Wir müssen grün und bezahlbar bauen, dann trägt die Bevölkerung die Verdichtung nach innen mit. Sind wir nicht bereit, die politischen Massnahmen dazu in die Hand zu nehmen, sind wir nicht bereit, die Kommunen, die Gemeinden, mit den Fähigkeiten auszustatten, dies durchzusetzen – grünes und bezahlbares Wohnen –, ja, dann sind wir selbst schuld, wenn der Widerstand gegen die Verdichtung wächst. Ich möchte weder Ballenberg noch Monaco, ich möchte weiterhin «Züri». Aber die Voraussetzung dafür ist, dass in diesem Rat und in den Gemeinden draussen endlich die Klientelpolitik zugunsten einzelner recht potenter Immobilienakteure zurückgeschraubt wird und grünes und bezahlbares Wohnen für alle in diesem Kanton möglich wird. Herzlichen Dank.

Simon Vlk (FDP, Uster): Nur ein Satz zum Votum von vorhin: Die Schnapsidee aus Bern, das bezieht sich ja auf die Forderung punktueller Einzonungen von Damian Müller. Und diese wurde auch unterstützt von Pierre-Yves Maillard, bekanntlich nicht gerade ein Liberaler. Besten Dank.

Vizepräsidentin Monika Wicki: Vielen Dank. Das Wort wird weiter nicht mehr gewünscht. Ich stelle somit fest, dass der Kantonsrat mit dieser Diskussion den Raumplanungsbericht zur Kenntnis genommen hat.

Das Geschäft ist erledigt.